

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für W^{ald}bad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis für den Monat Mai Mark 2800.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 2800.— zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 100 Mt. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamts Sparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum Mt. 130.—, auswärts Mt. 150.—. Reklame-
zeile 350 Mt. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Inserate u. bei Anstufertellung werden
jeweils 75 Mt. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Kontur-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaf in Waldbad.

Nummer 102

Februar 179

Waldbad, Donnerstag, den 3. Mai 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Das deutsche Angebot

Berlin, 2. Mai. Die deutsche Reichsregierung hat an die Regierungen der Vereinigten Staaten, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans folgende Note gerichtet:

Die Reichsregierung hat von jeher den Standpunkt vertreten und sieht sich durch die gegenwärtige internationale Erörterung veranlaßt, von neuem zu betonen, daß Fragen, von deren Regelung der auch von Deutschland gewünschte Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und darüber hinaus die wirtschaftliche Gesundung und der Friede Europas abhängen, nur auf dem Weg gegenseitiger Verständigung gelöst werden können. Die im Widerspruch hiermit erfolgte Befehung des Ruhrgebiets hat die Bevölkerung mit passivem Widerstand beantwortet. Die deutsche Regierung teilt den Wunsch aller Besonnenen, daß die täglich sich verschärfende Spannung gelöst und der nutzlosen Zerstörung wirtschaftlicher Werte Einhalt getan werde. Sie hat sich daher entschlossen, ohne damit ihren Rechtsstandpunkt zu verlassen, ohne den passiven Widerstand aufzugeben, der fortgesetzt wird, bis die Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände in den Rheinländern erreicht sind, Vorschläge für eine Beilegung des Streits zu unterbreiten.

Trotz der Ereignisse der letzten Monate hat Deutschland an seiner Bereitwilligkeit festgehalten, für Zwecke der Entschädigung, namentlich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, zu leisten, was immer in seiner Kraft steht. Jeder Versuch, diese Bereitwilligkeit in die Form praktischer Vorschläge zu kleiden, wird jedoch dadurch erschwert, daß es bei der Verfassung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse nicht möglich ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands in festen, endgültigen Ziffern abzuschätzen. Daher muß jede Lösung einen elastischen Faktor enthalten, der der gegenwärtigen Unmöglichkeit einer sicheren Abschätzung Rechnung trägt. Ferner ist zu beachten, daß Deutschland, da ihm die nächsten Zeit größere Kapitalbeträge aus eigenen Mitteln nicht aufzubringen vermag und deswegen hierfür auswärtiger Anleihen bedarf, deren Aufnahme die Wiederherstellung des deutschen Kredits zur Voraussetzung hat.

Von diesen Erwägungen ausgehend und im Einklang mit den Grundgedanken des für die Pariser Januar-Konferenz von ihr bereitgestellten Plans faßt die deutsche Regierung ihre Vorschläge wie folgt zusammen:

Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles wird auf 30 Milliarden Goldmark festgesetzt, die mit 20 Milliarden bis zum 1. Juni 1927, mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1929 und mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf den internationalen Geldmärkten aufzubringen sind.

1. Die 20 Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung ausgesetzt. Die Anleihezinsen bis zum 1. Juli 1927 werden aus dem Anleiherlös entnommen und in einem von der Entschädigungskommission zu beaufsichtigenden Grundstock sichergestellt. Soweit die 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihen aufgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 10 Prozent zu tilgen.

2. Falls die beiden Beträge von je 5 Milliarden Goldmark bis zu den dafür vorgesehenen Zeitpunkten im Anleiheweg zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiische internationale Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie für die Zeit vom 1. Juli 1923 ab die zunächst nicht vorgesehenen Zinsen nachträglich aufzubringen sind. Als unparteiische internationale Kommission soll gelten: entweder das Anleihekonjunktum, das die ersten 20 Milliarden Goldmark begeben hat, oder ein dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes entsprechender Ausschuss von internationalen Geschäftsführern, in dem Deutschland gleichberechtigt vertreten ist, oder ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Entschädigungskommission und der deutschen Regierung, sowie einem Obmann, um dessen Ernennung, falls sich die beiden anderen Mitglieder über seine Person nicht einigen, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gebeten werden soll.

3. Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorzudehalten sind.

Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß sie mit diesem Vorschlag bis ans Äußerste dessen gegangen ist, was Deutschland bei Anspannung aller Kräfte zu leisten vermag. Sie hat nach der durch die Ruhrbefehung verursachten weiteren schweren Störung und Schwächung der deutschen Wirtschaft

Kurze Tagesübersicht.

Der deutsche Reparationsvorschlag ist nun veröffentlicht und enthält ein Angebot zu Verhandlungen und zur Zahlung von 30 Milliarden Goldmark.

Die französische Presse lehnt das Angebot scharf ab, die englische ist sehr pessimistisch über den Erfolg des Angebots.

Die künftige Getreidebewirtschaftung durch das Reich steht eine Steuer in Höhe der Zwangsanleihe zur Brotverbilligung vor.

Der Prozeß gegen die Krupp'schen Bergwerksdirektoren soll morgen stattfinden. Krupp von Bohlen wurde gleichfalls verhaftet und ins Gefängnis abgeführt. In Bochum und Duisburg wurden neue Geldräuberereien verübt.

ernste Zweifel, ob nicht der Vorschlag die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt. Die deutsche Regierung ist fern davon überzeugt, daß kein Unbefangener, der die Schwächung der Erzeugungsgrundlagen Deutschlands und die Verringerung seiner Vermögenssubstanz durch die bereits bewirkten großen Verluste berücksichtigt, bei sachlicher Beurteilung zu höheren Schätzungen gelangen kann. Sollte diese Auffassung von der anderen Seite nicht geteilt werden, so schlägt die deutsche Regierung vor, entsprechend der Anregung des Staatssekretärs Hughes die gesamte Entschädigungsfrage einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen Kommission zu unterbreiten.

Hinsichtlich der Bürgschaften betont die Note, daß der gesamte Besitz u. alle Einnahmequellen des Deutschen Reichs und der deutschen Länder nach dem Versailler Vertrag verpfändet sind und daß im Wege der Verhandlungen festzustellen ist, wie für den Anleihebedienst diese Haftung konkret zu gestalten ist und welche Bürgschaften im einzelnen zu bestellen sind. Auf gesetzlichem Weg soll die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung des Anleihebedienstes herangezogen werden. Die Sachlieferungen sollen durch langfristige Preisaufträge namentlich für Kohlen und Koks unter Ausbedingung von Vertragsstrafen gesichert werden.

Die Note beschäftigt sich sodann mit der Frage der Festlegung der deutschen Währung und der Ordnung des Reichshaushalts und verweist auf die Notwendigkeit einer Beendigung der Pfänder- und Sanktionspolitik, sowie der Behebung Deutschlands von unproduktiven Ausgaben und von den politischen und wirtschaftlichen Fesseln, wodurch auch die Einheit der Verwaltung für das Gesamtgebiet Deutschlands und dessen wirtschaftliche Gleichberechtigung wieder hergestellt werden sollen.

Am gleichen Interesse friedlicher Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs ist die Reichsregierung, wie sie auch mit ihrer Anregung zum Abschluß eines Rheinpakties befaßt, zu jeder friedenssichernden Vereinbarung bereit, die auf Gegenseitigkeit beruht. Insbesondere erklärt sich Deutschland zu Vereinbarungen über Schiedsgerichte in allen Streitfragen und über Vergleichsverfahren nach dem Muster der Bryan'schen Verträge bereit. Ausgangspunkt der Verhandlungen muß sein, daß innerhalb kürzester Frist der frühere Stand wieder herzustellen ist. Dazu gehört, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt, in den Rheinländern vertragsmäßige Zustände wieder hergestellt, die verhafteten Deutschen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Ämter zurückgegeben werden.

Die „Antwort“ auf die Rede Lord Curzons

Der Pfeil ist von der Bogensehne in die Welt hinausgeschossen; Lord Curzon hat die deutsche Antwort auf seine Oberhausrede. Auf Form und Inhalt des Angebots wird noch zurückzukommen sein. Vorläufig sei nur, um gewisse Bedenken zu begegnen, gesagt, daß die Reichsregierung über den Erfolg ihrer Note wohl keinen Augenblick im Zweifel gewesen ist. Daß sie Poincaré und die herrschende Richtung in Frankreich auch nur im geringsten von der deutschen Lage, wie sie ist, überzeugen könnte, das hat sie sicher nicht vorausgesehen; die Poincaré-Presse erklärt mit einer — man kann nicht anders sagen — frechen Schamlosigkeit, um das Fremdwort Eynismus zu vermeiden, daß man sich in Paris gar nicht überzeugen lassen wolle. Das Angebot wird von der französischen Regierung in ihren Blättern „ECHO DE PARIS“ und „LE PETIT PARISIEN“ mit großmütigem Hohn abgetan, der ihr dann doch angesichts der Lage im Ruhrgebiet schlecht ansteht. Aber freilich, es war vorauszusehen, daß Paris in einem neuen deutschen Vorschlag nach dem Rat oder Willen Curzons nur den Schritt zur bedingungslosen Unterwerfung erblicken werde — der er nicht ist oder doch nicht sein soll. — Wie die Reichsregierung allerdings die

Höhe des Angebots vom Januar d. J. wieder aufnehmen konnte, erscheint nicht ganz klar. Vielleicht hat sie da doch mehr versprochen, als zu halten ist. Wie soll Deutschland neben Sachleistungen heute und in langer Zukunft 30 Milliarden Goldmark (nach heutigem Geldstand 225 Billionen Papiermark) aufbringen können? Man kann es sich nicht vorstellen. Bedenklich scheint besonders zu sein, daß, wenn es zu einer Entscheidung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch eine internationale unparteiische Kommission käme, für diese die Summe von 30 Goldmillarden doch wohl schon von vornherein als die unterste Mindestgrenze gelten würde. Nach Poincaré's verächtlicher Abweisung des an Selbstverweugung grenzenden guten Willens Deutschlands und nach der Ablehnung einer endgültigen Regelung der Entschädigungsfrage überhaupt werden die internationalen Sachverständigen allerdings vorerst nicht in die Lage kommen, ein Urteil abzugeben, und es bleibt noch beim passiven Widerstand — bis Poincaré mirbe gemacht ist. So hat eine am 30. April nach Mannheim einberufene Versammlung von Vertrauensmännern der Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbunds aus dem besetzten Gebiet von Baden, Hessen, Pfalz und dem Regierungsbezirk Wiesbaden in einer Entschließung sich für Fortsetzung des passiven Widerstands und Ablehnung der französischen Forderungen ausgesprochen, dem Widerstand vor Beginn der Verhandlungen auszusprechen.

Neu ist in dem Verhandlungsangebot die Zusage, daß die deutsche Industrie und die übrigen in Frage kommenden Wirtschaftskreise durch ein Gesetz zur Bürgschaft und Beihilfe zur Entschädigung gezwungen werden sollen, während bisher die Unterstützung mehr als eine freiwillige Last auf Grund verpflichtender Körperschaftlicher Abmachungen mit der Reichsregierung gedacht war.

Die französische Regierung lehnt ab

Paris, 2. Mai. Zu dem deutschen Angebot, das in Paris über die Schweiz bekannt geworden sein soll, nimmt der „Petit Parisien“, der der Regierung sehr nahe steht, folgende Stellung: Die angebotenen 20 Milliarden Goldmark würden nach Abzug der Zinsen auf etwa 15 Milliarden Goldmark zusammenschrumpfen. Alle Gläubiger Deutschlands zusammen könnten also mit Bestimmtheit nur auf eine Summe rechnen, die ungefähr die Hälfte der Kriegsschäden Frankreichs allein gleichkommt (!?). Ob Deutschland für die weiteren 10 Milliarden zahlungsfähig sei, soll von einer internationalen Kommission beurteilt werden, die Pariser Entschädigungskommission soll also vertragsmäßig ihrer Befugnisse entkleidet werden. Darüber ist jedes Wort überflüssig. Die deutsche Reichsregierung erklärt sich bereit, ihre eigenen Wirtschaftskreise durch Gesetz zu zwingen, für die Entschädigungen zu arbeiten; sie wiederholt also das alte, nie gehaltene Versprechen von 1919: „morgen werden wir die Industrie zwingen, ihre Pflicht zu tun“. Was die Reichsregierung als Sicherheit Frankreichs anbietet, ist daselbe, was sie im Dezember durch Amerika anbieten ließ und was Poincaré damals als „dunkles Manöver“ bezeichnete. — Endlich verlangt Deutschland sofort nach Abschluß der Verhandlungen die Räumung des Ruhrgebiets, es läßt die weitere Befehung als Pfand nicht zu. Unter diesen Umständen ist es klar, daß die französische und die belgische Regierung es für überflüssig halten werden, Deutschland eine auf das Einzelne eingehende Antwort zu geben. Sie werden sich darauf beschränken, auf ihre früheren Entschädigungen hinzuweisen.

„ECHO DE PARIS“ schreibt, der deutsche Vorschlag gibt keine Aufklärung, daß Deutschland auch nur eine einzige Goldmilliarde aufzubringen in der Lage ist. Der amerikanische Geldmarkt ist gegen jede Flüssigmachung der deutschen Schuld, selbst für den sehr unwahrscheinlichen Fall, daß eine Regelung der Kriegsschulden der Verbündeten in absehbarer Zeit zustande käme. Wer verbürgt uns, daß Deutschland am Verfalltag bezahlt? Die Ruhrbefehung? Nein, Frankreich und Belgien müssen darauf verzichten und zwar für immer. Man versichert uns, daß uns die Gesetze bekannt gegeben werden, die die deutschen Industriellen zwingen sollen, die nötigen Opfer zu bringen. Die letzten Wochen haben uns gelehrt, wie willig die deutsche Industrie sich in den Dienst des Staats stellt. Also noch einmal eruchtet man Frankreich, dem freien Zahlungswillen Deutschlands Vertrauen zu schenken. Diesen Handel wollen wir (Franzosen) nicht. Mit dem alten Gerede von der Untersuchung der berühmten Zahlungsfähigkeit Deutschlands haben wir schon lange Schluß gemacht; wir wollen den Zahlungswillen untersuchen. Bezüglich der Sicherheit wollen wir eine Schranke, die selbst das angriffslustige Deutschland nicht zu übersteigen vermag. Die Haltung der französischen Regierung gegenüber dem von Berlin verbreiteten Schriftstück (Blatt Papier) läßt keinem Zweifel Raum. Die Deutschen kennen unseren Entschluß; ihre

Abicht geht dahin, nicht uns zu überzeugen, sondern Lord Curzon zu einer Vermittlung zu bewegen. Bei der jetzigen Lage ist das Ungewisse nicht in Paris, sondern in London. Lord Curzon muß den deutschen Hoffnungen den letzten Stoß versetzen. Deutschland liegt am Boden mit geöffneten Wunden; wenn die britische Regierung die richtige Sprache spricht, wird es sich ins Unvermeidliche schicken.

„Wir haben ganz Europa gegen uns“

„Wir begingen den Fehler, in das Ruhrgebiet einzudringen mit der Gefahr, von England verlassen, von ganz Europa gehaßt und von Deutschland für immer verabscheut zu werden. Diese Gefahr ist jetzt Wirklichkeit geworden... Wir haben ganz Europa gegen uns.“

Ein treffliches Selbstbekenntnis eines Franzosen, und zwar nicht irgend einer unbekannteren kommunikativen Größe. Nein, der das gesagt und bekannt hat, ist kein geringerer als General Sarrail, der „Sieger von Saloniki“ (so wenigstens läßt er sich schimpfen) und dies in einem Gespräch mit dem Vertreter des Kopenhagener Blatt „Politiken“.

Wahrlich, die Franzosen haben da schon viel hören und einfließen müssen. Bekannt ist der Protest der finnischen Rechtsgelehrten und der schwedischen Bischöfe. Bekannt auch, daß die führende holländische in Amsterdam erscheinende Zeitung „Lijb“ in geistreicher Anspielung an den Namen des berühmtesten Ruhr-Generals Degoutte das ganze Unternehmen als „une opération dégoûtante“ („ein ekelhaftes Unternehmen“) gebrandmarkt hat. Und weiß wir nun gerade an unsern holländischen Nachbarn und Bekannten, so sei daran erinnert, daß ein anderes holländisches Blatt („Het Volk“) den Essener Mord als „das gräßlichste Verbrechen, das je begangen wurde“ verurteilt und die Franzosen „Räuber“, „Rechts-Verdreher“, „Henker der Freiheit“ u. dgl. mehr nennt.

Auch in Amerika ist die Volksstimmung noch und nach recht aufgebracht gegen Frankreich. Allerdings liegt der dicke Nebel der Kriegshege und der Kriegsschuldfrage immer noch mit seiner ganzen Andurchdringlichkeit auf den Volksmassen. Aber man hört nun eben auch drüben ziemlich viel von dem schandbaren Treiben der Franzosen an der Ruhr, so viel, daß ein führendes amerikanisches, durchaus nicht deutschfreundliches Blatt der Hearstpresse allen Ernstes den Vorschlag macht, man solle durch ein Ultimatum den großen Friedensstörer der Welt zum Rückzug bewegen, und, wenn er nicht darauf eingeht, solle die Regierung die Insel Martinique mit derselben Begründung besetzen, mit der Frankreich ins Ruhrgebiet eingedrungen sei. Das Blatt hätte auch sagen können, mit einer „weit zutreffenderen Begründung“. Denn bekanntlich haben die Franzosen, die den Amerikanern vom Weltkrieg her 3,6 Milliarden Dollar schuldig sind, noch nicht einen Dollar Schuldzins (jährlich 400 Millionen Dollar) bezahlt.

Am wertvollsten für uns ist der Stimmungswandel in England. Auch hier müssen wir, genau wie in Amerika, den großen Unterschied zwischen dem amtlichen England und dem englischen Volk unterscheiden. Das amtliche England hält, wie auch die bedeutsame Rede des Außenministers Lord Curzon am 20. April im Oberhause gezeigt hat, immer noch mit einer gewissen Zähigkeit an der Entente fest und preist sie, trotz aller oder unehrlicher Weise, als die „Grundlage des Europäischen Friedens“, während dieser Wechselbalg bekanntlich — das hat auch der verstorbene Schwede Stellen behauptet und begründet — von dem ersten Augenblick, wo er das Licht der Welt erblickt hat, nichts als Unfriede und Krieg und Unterdrückung gestiftet hat. Auch mit der englischen Volksstimmung ist es im allgemeinen noch nicht zum besten gegen uns bestellt. Wozu hätte die Northcliffe-Presse jahrzehntelang die englische Volksseele gegen die „deutschen Barbaren“ bearbeitet? Aber die „Franzosenfreundlichkeit“ nimmt im englischen Volk von Monat zu Monat ab. Man erinnert sich noch des Mainzer Prozesses und mit welchem Jubel am 25. Januar die Freigesprochenen das ganze Rheinufer entlang ihren Triumphzug halten konnten. Nun gerade damals war es, daß jene deutschen Helden auf dem Kölner Hauptbahnhof von englischen Offizieren in Paradeuniform feierlich begrüßt wurden. Und als neulich in einem Kölner Gasthaus Franzosen beim Spielen des Deutschlandliedes auf ihren Stühlen sitzen blieben, da wurden sie von den anwesenden Engländern erfucht, sie möchten das Lokal verlassen. Ein englischer Offizier war es, der unklug in Konstanz eine bedeutende Summe für die Ruhrspende über-

wies mit der Begründung, er wüßte zu zeigen, wie anders es über das deutsche Volk denke, seit dem er es näher kennen gelernt habe. Bezeichnend ist auch, daß auf englischen Kriegsschiffen und bei englischen Bergarbeitern ansehnliche Summen für die Ruhrleute gesammelt wurden.

Dazu kommt noch die Erwägung, daß Frankreich, allerdings dank der Beihilfe Englands, nun richtig die stärkste Militärmacht der Welt ist. Ein Holländer hat neulich im „Allgemeinen Handelsblatt“ über die englische Volksstimmung die bemerkenswerte Beobachtung wiedergegeben: „Ganz offen wird der kommende bewaffnete Streit besprochen. Wenn dies im allgemeinen Verkehr so, wie hier, geschieht, dann steht immer etwas dahinter. Der nächste Krieg: ein Krieg zwischen Frankreich und England. Ihr zuckt die Achseln, haltet so etwas für undenkbar. Es herrscht eine ungläubliche Erbitterung zwischen Engländern und Franzosen.“

Das ist jedenfalls nicht zuviel gesagt. Auch wir glauben nicht an einen solchen Krieg für die nächsten Monate. Dazu ist England weder militärisch noch diplomatisch vorbereitet. Erst muß England wieder einen „Degen“ auf dem Festland finden, einen zuverlässigen Verbündeten, der ihm die Kastaunen aus dem Feuer halt. Der Versailler Vertrag aber hat die mitteleuropäischen Mächte samt und sonders, Deutschland an der Spitze, so gründlich ruiniert, daß es schon nach eine Zeit ansteht, bis England in Europa einen Bundesgenossen gegen Frankreich aufkreibt.

Wichtiger für den Augenblick ist die Tatsache der „stets deutlicher zutage tretenden Vereinsamung Frankreichs“ (Lijb). Das ist Frankreich nicht gleichgültig. Auf unsern Krieg gibt Frankreich nichts. Wir sind für Paris erledigt. Aber es kann ihm nicht ganz gleichgültig sein, wie die übrige Welt über das Ruhrabenteuer denkt. Und darin sieht es allüberall sehr schlimm aus. Und das wird zunehmen, je länger wir es mit dem pathetischen Widerstand aushalten. Und wenn dieser kein anderen Vorteil uns eintragen würde, ein Ergebnis muß und wird er zeitigen, nämlich, daß Frankreich durch seine Schandtat an der Ruhr den Ruf eines zivilisierten Volkes für alle Zeit und Ewigkeit verliert hat.

Unterirdische Stapelkohle

Die Wendung im Ruhrkrieg

Aus Mülheim a. d. R. erhalte ich folgenden Sonderbericht: Unter den vielen ausländischen Beobachtern, die zurzeit in amtlichem Auftrag im Ruhrkriegsgebiet weilen, befinden sich auch englische Sachverständige, und diese haben jetzt ihrer Regierung gemeldet, Frankreich stehe ratlos vor der Unmöglichkeit, die Kohlenausfuhr aus dem Ruhrgebiet weiter zu steigern. Diese Ausfuhr betrage heute ungefähr ein Drittel der Menge, die Deutschland vor dem Einbruch des 11. Januar freiwillig geliefert habe. Wir können solchen zutreffenden Mitteilungen hinzufügen, daß dieses Drittel geräucherter Kohlen den Höhepunkt der randschiffischen Aktion darstellt, von dem es in kurzer Frist einen kläglichen Absturz geben wird. Man schätzt, daß in vierzehn Tagen bis drei Wochen alles für die Franzosen zu Ende sein wird. Es ist wichtig, diesen Zeitraum im Auge zu behalten. Sollte es nämlich Poincaré gelingen, das deutsche Angebot durch einen diplomatischen Kniff zu hintertreiben, so wird er in zwei bis drei Wochen durch den stillen Zusammenbruch des Kohlenraubs gezwungen sein, doch zu verhandeln. Die Zeit arbeitet nun einmal gegen ihn.

Und wie kommt das? Bekanntlich sind die Franzosen überall über die hochaufgeschichteten Halden hergefallen, und es wird sieberhaft daran gearbeitet, die riesigen Kohlenberge abzutragen und in das süße Frankreich überzuführen. Daher immerhin das Drittel der vorjährigen Lieferung. Aber die französischen Offiziere, die vor den Halden als militärischer Schutz umherstreifen, bemerken bereits mit peinlicher Verwunderung, daß neue Kohlen aus den Gruben nicht mehr auf die Halden geschüttet werden. In drei bis vier Wochen sind die Halden leer und die Alpenjäger können darauf verzichten. Was ist geschehen? Seit Mitte April ist eine Wendung eingetreten. In aller Stille, ohne Notizen und Plakate ist in den Bergwerken die Hinaufbesörderung der Kohle eingestellt worden. Die Kohlen kommen nicht mehr auf die Halden. Sie werden bei voller Weiterzahlung der Löhne in den Gruben geschlagen, dann aber unter Tage „verpackt“. 500 bis 700 Meter tief unter dem Erdboden, auf der 5., 6. oder 7. Sohle ist in verlassenen Strecken und Gängen Platz für ungeheure

Kohlenmassen. Die Kohle wird dort nicht hoch aufgeschüttet, sondern in flachen Haufen gelagert. Die Lagerung ist vollständig ungeschädlich, wenn man die üblichen Vorsichtsmassregeln beobachtet. Auf diese Monate hinaus lassen sich hier unterirdische Halden anlegen. Diese Halden aber sind vor den Franzosen sicher. Bei der unheimlichen Deutschen sucht was es feiner, in die Tiefe der Bergwerke zu fahren. Da möchte doch allerlei passieren. Mit den schwierigen Fördermaschinen können sie nicht umgehen. Die geringste Unvorsichtigkeit würde zu einer Katastrophe führen. Wollten sie ihre Arbeiterkolonnen dahin bringen, die Fahrt in die Tiefe zu wagen, so fänden sie nirgends einen deutschen Maschinisten, der die Förderkörbe bedient.

Leider ist man ja etwas verspätet auf diesen ausgezeichneten Gedanken gekommen, die Kohle in der Tiefe auf Lager zu fördern, aber noch ist es nicht zu spät. Und im übrigen läuft ja auch über der Erde der Krieg um die Kohle weiter. Von den Haldenkohlen geht bereits die massenhafte Deputatkohle ab, die in den letzten zwei Wochen von den Arbeitern fleißig eingeliefert wurde. Die Franzosen bestehen zwar auf ihrem berühmten Dekret Nr. 31, daß es kein Kohlenfuhrwerk ohne ihre Genehmigung auf der Straße bliden lassen darf. Aber sie können nicht hinter jedem vollbeladenen Kinderwägelchen oder Bretterkarren herlaufen. Dazu kommt, daß kein Mensch Kohlensteuer bezahlt. Die Rechnungen wurden bei der Einnahme einfach nicht direkt beglichen. Der Käufer verpflichtet sich, den Kaufpreis zu einem späteren Zeitpunkt zu entrichten, soll heißen, an jenem Tag, da die Franzosen das hochgelagerte Ruhrgebiet wieder verlassen haben. Endlich ist man in den Kokereien soweit, den Betrieb vollständig abzustopfen. Das ist der schwerste Schlag für die Franzosen. Was von der deutschen Kohlenzeugung noch vorhanden ist, daran werden sie wenig Freude haben, wenn es wirklich bis zu den lothringischen Hütten kommt. Dieser Koks, Spezialmarke Poincaré, ist eine Art Scherzartikel. Er brennt nicht.

Angesichts dieser glücklichen Wendung, die der Ruhrkrieg für die deutsche Partei genommen hat, versteht man wohl auch die Haltung der vier Bergarbeiterverbände, die im Gegensatz zu den Kommunisten vom Generalkrieg abtraten und den bewaffneten Franzosen ruhig gestatten, auf die Zeichenplätze zu kommen. Das ist kein Verzicht auf den passiven Widerstand, sondern einfach eine Folge der neuen Abwehrtaktik. Mögen die Franzosen mit ihrem letzten Raub abziehen. Neue Kohlen bekommen sie nicht. An der Einfuhr in die Gruben, an der Arbeit können sie den deutschen Bergmann nicht hindern. Oder wollen sie das ganze Ruhrgebiet in Flammen setzen? Davor wird sich Herr Poincaré doch befinden!

Berücksichtigung der Lage im Ruhrgebiet

Verhaftung Krupps

Essen, 2. Mai. In der Untersuchungssache gegen die Direktoren der Kruppischen Werke hatte der französische Untersuchungsrichter Herr Krupp von Bohlen und Halbach vorgeladen, um ihn zum drittenmal als Zeugen zu vernehmen. Herr von Bohlen hatte, um der Vorladung Folge zu leisten, seinen Aufenthalt in Berlin, wo er zum Zweck der Teilnahme an den Sitzungen des preussischen Staatsrats und an wichtigen geschäftlichen Besprechungen weilte, vorzeitig abgebrochen und sich heute vormittag beim französischen Untersuchungsrichter eingefunden. Nach kurzem Verhör erklärte ihm der Untersuchungsrichter, daß er verhaftet sei. Herr Krupp v. Bohlen u. Halbach ist nach seiner Verhaftung ins Zuchthaus von Werden verbracht worden. — Die Verhandlung gegen die Kruppdirektoren findet am Freitag und Samstag dieser Woche statt.

Empörendes aus dem französischen Jagdgebiet

Koblenz, 2. Mai. Die Rheinlandkommission hat die Durchführung der deutschen Zwangsanleihe im besetzten Gebiet verboten.

In Mainz werden von den Franzosen die Kohlen aus den Rheinkähnen in Eisenbahnwagen verladen und die Wagen mit breiten blauweißen Zetteln besetzt, auf denen als Abgangsort Essen zu lesen ist. Damit soll der Anschein erweckt werden, als ob ein großer Güterverkehr aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich gehe. — Es sind doch arge Kinder, diese Franzosen.

Oberringenieur Gottfried in Ludwigshafen, der zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist, weil er französische Eisenbahnsignale weiterzugeben sich weigerte, soll nach der Insel Martinique (Westindien) zur Verbüßung der Strafe verbracht werden.

Blaubart.

41) Roman von Marianne Lewis.

„Ebert...“ begann sie stockend. Da sie innehielt, sprach er seinerseits: „Thea, Sie müssen nun Farbe bekennen! Wir sind solange die vertrautesten Freunde gewesen, daß einer vom andern Offenheit verlangen darf! — Deshalb gestehen Sie mir aufrichtig: Sehen Sie Nachteile in der Verbindung mit mir?“

„Im Gegenteil...“

„Keine Ansicht ebenfalls! Wir könnten uns gegenseitig stützen, fördern, uns auf einander verlassen. Und wir wissen aus Erfahrung, daß wir uns vertragen. Win — bin ich Ihnen zuwider?“

„Nein... Ebert —?“

„Aber Sie lieben mich nicht?“

Thea schweig.

Er beharrte. „Glauben Sie, mich nie als Ihren Gatten lieben zu können?“

Wieder gab sie keine Antwort.

In seinen hellen Augen glimmten Funken. Seine Stirn senkte sich noch mehr.

Nach einer Weile sagte er so leise, daß es Whippis kaum verstehen konnte: „Wollen Sie mir nicht Wahrheit geben? Auch in diesem Falle ist ein fester Schnitt besser, als ein langes Herumquacksalbern. Ich meine, Sie kennen mich genug, um mir Vertrauen schenken zu können, wenn es mir auch weh tut. Ich bin kein zimperliches gleichgültiges Fräulein und hab' einen zuverlässigen Galt an meinem Beruf. Aber ich kann Schwanken und Ungewißheit nicht brauchen. Sie machen die Hand unsicher und zermürben die Nerven. Deshalb bekennen Sie mir klipp und klar: Lieben Sie einen andern?“

Whippis sa... es vor, als ob seine Ohren wüchsen und sich spitzten während der kleinen Pause, der Theas gestülterte Antwort folgte: „Ja...“

„Ah...“ Ebert faltete die Arme auseinander und griff mit der Rechten in den hohen Rosenstrauch, daß einige Zweige knisternd brachen und Blut aus den Fingern quoll.

Nach einiger Zeit sagte er: „Sie hierhergingen, war das nicht! Ich hätte es merken müssen...“

Thea schüttelte den Kopf.

Ebert fuhr langsam fort: „Dieser Whippis kann es nicht sein. Er ist nicht älter als Sie und ein junger sonst nicht übler Mann von so durchschnittsmäßigen Gaben, daß er nicht in Frage kommen kann...“

Whippis wäre Ebert am liebsten auf den Kopf gesprungen. Aber er hielt an sich und hörte das Weitere.

Zwischen den Bänken stieß es Ebert hervor: Thea, es ist Attmatt! Es ist der Blaubart...“

Nun schwiegen sie beide minutenlang. Thea hatte sich nicht geregt und nur den Kopf tief sinken lassen.

Da stieß Ebert ein kurzes hohnvolles Lachen hervor.

Und nun fuhr sie auf, sah ihn mit glühenden Wangen und flammenden Augen an und sprach mit herausforderndem Trotz: „Arnold Attmatt ist es!“

Daß sie den Vornamen brauchte, während sie den Freund nie damit gerufen hatte, traf Ebert wie ein Schlag. Er ging einige Schritte hin und her und erkämpfte sich Fassung und Würde.

„Verzeihen Sie, Thea! Ich habe kein Recht, Ihre Wahl zu bespotten — Sie werden wissen, was der Mann wert ist — Und der Liebe läßt sich nicht gebieten. Ich sehe es an mir selbst...“

„Ich empfand längst — schon damals auf der Fahrt zu Weigand — daß meine Sache bei Ihnen hoffnungslos stünde. Und doch mußte — mußte — ich diese Unterredung herbeiführen, mußte es bis zur völligen Niederlage kommen lassen! Mea culpa.“

„Dieber Ebert, Sie bleiben für mich stets der Gleiche.“

„Schon gut! Schon gut, Thea! Jetzt nichts von Freundschaft. Das findet sich später. Ich bin immer für Sie da. — Zugrunde geh' ich nicht, geht kein echter Mann an einer Liebesleidenschaft —“ Er schritt wieder einige Male hin und her. Dann äußerte er mühsam: „Wie Attmatt denkt, sieht man ihm aus den Augen, wenn er Sie ansieht.“

„Er denkt jedenfalls nicht mehr an eine neue Ehe, Ebert! Auch Donata hat mir, als sie krank lag, gleiches angedeutet. Wenn es Sie trösten kann: ich befinde mich im gleichen Falle wie Sie.“ Ein klägliches Rächeln irrte um ihren Mund. „Wir werden noch einmal als die alten guten Kameraden uns zusammen ruhiger dieser Zeit erinnern.“

Darauf erwiderte Ebert nichts. Nach einigem Besinnen fragte er, während eine Blutwelle über sein Antlitz lief, mit rauher Stimme: „Und wenn Sie sich irren? Wenn Attmatt dennoch um Sie wirbt?“

Da schlug Thea die Hände auf der Brust zusammen und wandte das purpurne gewordene Antlitz nach oben: „Ich kann nicht anders“ ich würde glücklich sein!“

Wieder ein langes schmerzliches Schreien. Ebert beschäftigte sich so eifrig damit, die zerknickten Zweige und Blätter abzubrechen und auf den Boden zu werfen, als ob er an dem Strauch eine notwendige Operation vollbringen müßte. Dann tupfte er mit dem Taschentuche das Blut von den Fingern.

Endlich sagte er kühl und ruhig: „Sie haben bereits bei Gelegenheit von Donatas Krankheit eingegriffen und dafür gesorgt, daß das junge Mädchen besser als bisher untergebracht war. Sollten Sie — gegen Ihre Annahme! — dennoch als Herrin in Rodewald einziehen — ich sehe nur den Fall! — so werden Sie das begonnene Werk fortführen und vollenden.“

(Fortsetzung folgt.)

Essen, 2. Mai. 4500 Mann belgischer Artillerie und Pioniere sind im besetzten Gebiet neu eingetroffen.

Die Franzosen haben bei Reddinghausen weitere Zechen besetzt. Die Arbeit wurde sofort eingestellt. Bei Berchl (an der Grenze des von den Engländern besetzten Gebiets) nahmen die Franzosen drei Braunkohlengruben mit Beschlag.

Im Bahnhof Düren fuhr ein Franzosenzug über die Drehscheibe auf den Bahnsteig. Die Maschine hielt hart vor dem Wartesaal.

Der Stadt Duisburg haben die Belgier wegen angeblicher absichtlicher Postbetriebsstörungen eine Strafe von 75 Millionen Mark auferlegt, wogegen Einspruch erhoben wurde.

Vom Kriegsgericht der 40. französischen Infanteriedivision in Hattlingen wurden die Direktoren der Heinrichshütte, Hüger zu 100 Millionen und Söllner zu 50 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Sie hatten entgegen dem Verbot des französischen Kommandanten eine Drahtseilbahn weiter im Betrieb gelassen und beim Erscheinen der feindlichen Kommission die Sirenen blasen lassen.

In Altenbochum wurde ein Deutscher von einem französischen Posten durch einen Schuß tödlich verletzt.

Die Eisenbahn-Einnahmen der Feinde

Düsseldorf, 2. Mai. Nach Havas sollen die Franzosen und Belgier mit ihrer Verwaltung der Eisenbahnen im besetzten Gebiet in der vergangenen Woche 325 Millionen Mark „eingenommen“ haben. — Dazu bemerkt WTB, daß die Feinde die Fahrpreise um die Hälfte erhöht haben. Außerdem sind wohl die Erträge der Kassenberaubungen usw. in dieser Summe schon enthalten. Interessant wäre es, wenn Havas auch die Höhe der Ausgaben melden würde.

Die Kohlenbeute

Berlin, 2. Mai. Nach zuverlässigen amtlichen Schätzungen haben die Franzosen und Belgier bis 28. April durch die Eisenbahn 96 300 Tonnen Kohlen und 142 600 Tonnen Koks, auf dem Wasserweg bis 15. April 168 800 Tonnen Kohlen und 25 000 Tonnen Koks, zusammen 265 100 To. Kohlen und 167 600 To. Koks abführen können. Das ist so viel wie früher Deutschland freiwillig in einer Woche geliefert hat.

Ein Bild aus dem besetzten Gebiet

Essen, 2. Mai. Auf dem Reichsbahnhof Osterfeld, der von französischen Truppen besetzt ist, stehen Hunderte von Wagen mit wertvollen Gütern. Diese Wagen wurden seit Wochen planmäßig von Leuten aus der Kolonie Bondern in Osterfeld beraubt, und zwar unter dem Schutz der französischen Soldaten, die teilweise sogar bei den Diebstählen behilflich waren. Die Kolonie Bondern liegt am Bahnhof, und die Soldaten verkehren ständig bei vielen zweifelhaften Familien. Hier hielten sie bis spät in die Nacht hinein Zechgelage ab, und die Frauenzimmer vergnügten sich mit den Soldaten. Im Laufe der vorigen Woche schritt nun die Kriminalpolizei Osterfeld ein. Sie beschlagnahmte einen großen Teil der gestohlenen Güter im Gesamtwert von etwa 1/2 Milliarde Mark und nahm einzelne der Täter fest. An den Durchsuchungen und Festnahmen beteiligte sich auch ein Kriminalbetriebsassistent, der in der Bondern-Kolonie eine Dienstwohnung innehatte. Die Frauen der eingesperrten Männer wandten sich nun an ihre befreundeten Franzosen, die dann nachts schwer bewaffnet mit einer großen Horde junger Burtschen und mit Weibern aus der Kolonie vor die Wohnung des Kriminalbeamten zogen und dort sämtliche Fenster Scheiben einschlugen. Die Horde drang in das Haus des Beamten ein, und dieser wurde von den Franzosen so geschlagen, daß er bewußtlos am Boden liegen blieb. Die jungen Burtschen zogen dann mit den Franzosen zum Polizeigefängnis und befreiten dort die festgenommenen Diebe. Die Polizeibehörde erhob am nächsten Tage Einspruch bei dem französischen Ortskommandanten, der die Soldaten mit Sage und Schreie fünf ganzen Tagen Arrest bestrafte. Die festgenommenen Diebe haben sich inzwischen aus dem Staub gemacht.

Neue Nachrichten

Erhöhung der Bergarbeiterlöhne

Berlin, 2. Mai. Der Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium hat den Bergarbeitern eine Lohnerhöhung von 10 bis 12 Prozent (1100 Mk. für die 6 1/2 stündige Arbeitsschicht) durch Schiedsspruch zugestimmt.

Deutsch-estnische Verhandlungen

Reval, 2. Mai. Hier finden zurzeit Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Reichsregierung und Estland über die gegenseitigen Erbschaftsprüche statt. Estland hat solche in Höhe von 386 1/2 Millionen Goldmark vorgebracht, die deutschen Forderungen belaufen sich auf 579,7 Millionen Goldmark. Von deutscher Seite wurde vorgeschlagen, die Forderungen gegenseitig ausgleichend zu tilgen. Die estnische Regierung hat noch keine Entscheidung getroffen.

Eisenbahn- und Poststreik in Belgien

Paris, 2. Mai. Laut Meldungen aus Brüssel wurden die Angestellten des belgischen Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens bei ihrer Forderung der Gehaltserhöhung vom Ministerium schroff abgewiesen. Darauf wurde in allen Verkehrszweigen die allgemeine Arbeitsniederlegung beschlossen.

Die neue Getreidewirtschaft

Nach Abschluß der laufenden Getreideumlage wird die Reichsregierung einen Gesetzentwurf über eine neue Art der Getreidebewirtschaftung vorlegen. Darüber wird halbamtlich mitgeteilt, daß zunächst die noch in großem Umfang nötige Getreideinfuhr, die bisher allein in den Händen der Reichsverwaltung lag (wie es vor etwa 25 Jahren schon der bekannt-„Antrag Ranik“ geregelt wissen wollte, der allerdings die schwerfällige und kostspielige Reichsgetreidestelle von heute vermieden hätte), dem freien Handel überlassen werden soll. Während des Uebergangs vom alten ins neue Erntejahr soll die Zwangsverwaltung in dem Umfang beibehalten werden, daß für die öffentliche Versorgung ein Vorrat bis zu 3 1/2 Millionen Tonnen in der Hand der Regierung angelegt wird, um bei ungerechtfertigten Preissteigerungen für Inlandgetreide einwirken zu können. Dieser Vorrat soll zum Teil durch die Einfuhr beschafft, zum andern aus der Inlandernie entnommen werden und zwar in einer Menge von etwa 1 1/2 Millionen Tonnen. Sollte diese Menge nicht durch Vertragsabschlüsse zu erfassen sein, so würde nach dem Entwurf eine neue Umlage von 1 1/2 Millionen Tonnen erhoben werden.

Um den Bedürftigen die nicht zu vermeidende Brotvertheuerung erträglich zu machen, soll eine Sondersteuer in Höhe der Zwangsanleihe aufgelegt werden, aus der die Gelder durch Vermittlung der Bundesregierungen an die Kommunalverbände zu verteilen sein würde.

Württemberg

Stuttgart, 2. Mai. Wohnungsmeldewesen. Das Polizeipräsidium Stuttgart teilt mit: Gemäß Verfügung des Landesfinanzamts ist mit jeder polizeilichen Wohnungs-An- oder Abmeldung innerhalb der für diese bestimmten Frist eine Steuer-An- oder Abmeldung abzugeben.

Kornwestheim, 2. Mai. Neues Schulhaus. Mit einem Kostenaufwand von 45 Millionen Mark wurde hier ein zweites Schulhaus erbaut und am Montag eingeweiht. Die Gemeinde hat nun eine 19klassige evangelische und eine zweiklassige katholische Volksschule, dazu eine Hauswirtschaftsschule mit einer ständigen Kochlehrerin und drei Handarbeitslehrerinnen. Der Zuzug von Eisenbahnbediensteten und Angestellten war, nachdem der Landesvertriebsbahnhof hierher verlegt worden ist, so groß, daß eine weitere Schule notwendig wurde. Die Schulklassen sind für die Gemeinde unerschwinglich geworden, sie erwartet deshalb einen erheblichen Reichsbeitrag.

Magstadt, 2. Mai. Jagdpacht. Die hiesige Gemeindejagd wurde um 14 Millionen Mark verpachtet.

Geislingen a. S., 2. Mai. Wirtsgiftung. In der Wirtschaft und Mehlgerei zum Schwanen in Degglingen war eine Kuh mitgeschlachtet und das Fleisch von der Beschau freigegeben worden. Nach dem Genuß der Leberwürste erkrankten aber etwa 70 Personen; ein Kind ist gestorben, mehrere Erkrankte schweben in Lebensgefahr.

Ebingen, 2. Mai. Vermischi. Seit dem 26. April wird der 13 1/2-jährige Sohn eines hiesigen Beamten vermischi, der an diesem Tag auf einem Fahrrad in der Richtung nach Balingen sich entfernt hatte.

Endersbach l. R., 2. Mai. Vermischi. Seit 26. April wird der 60 Jahre alte Weingärtner Johannes Christof Hechel vermischi.

Welzheim, 2. Mai. Glück im Stall. Bei dem Gutsbesitzer Jakob Barch in Haghof brach eine Kuh drei gesunde kräftige Kälber zur Welt.

Ludwigshafen, 2. Mai. Doppelter Unglück. Einem älteren Fräulein hier wurden kürzlich 71 Gold- und Silbermünzen im Wert von 7 Millionen Mark gestohlen. Nun kommt auch noch das Finanzamt mit Nachsteuer und Steuerstrafen.

Ravensburg, 2. Mai. Ein Kirchendieb. Ein arbeitsscheuer Mensch von hier, der erst vor 14 Tagen aus dem Gefängnis kam, hat zweimal versucht, die Sakristeie der Liebfrauenkirche zu öffnen, um sich Gold zu verschaffen. Es blieb aber in beiden Fällen beim Versuch. Er ist verhaftet. Dabei wurde noch ermittelt, daß er einige Tage früher nach München gefahren war in der Absicht, ebenfalls einen Kircheneinbruch zu verüben. Aber auch dort gelang ihm nichts.

Freudenstadt, 2. Mai. Ein Fortschritt. Der Dampftrieb im städt. Elektrizitätswerk konnte gestern zum erstenmal stillgelegt werden. Die Versorgung der Stadtgemeinde mit elektrischem Strom erfolgt nunmehr ausschließlich durch das Heimbachkraftwerk, das seit dem 28. April endgültig in Betrieb genommen ist.

Allerlei

Der städtische Haushalt Berlins beläuft sich nach dem abgeänderten Voranschlag auf 500 Milliarden Mark an Ausgaben (im Vorjahr 13 Milliarden) und 472 Milliarden an Einnahmen. Der ungedeckte Fehlbetrag beziffert sich auf 28 Milliarden Mark ohne die Anleihe von 8 Milliarden.

Die geplünderte Filmstadt. Auf dem Tempelhofer Feld bei Berlin besitzt die Union-Filmgesellschaft eine „Stadt“, die aus Balken und Brettern gebaut ist und für Filmaufnahmen als Hintergrund oder Kulisse dient. Am Montag kam nun ein Rudel von 400 Freibeutern, und machte sich daran, die Stadt abzutragen und zu plündern. Das ging eine ganze Zeitlang, bis die alarmierte Polizei anrückte, worauf die Diebe mit Beutestücken beladen oder mit ihren Karren auseinanderstoben. 12 konnten verhaftet werden.

Gestohlene Orgelpfeifen. Im früheren Hoftheater in Schwerin wurden von der Orgel die Zinnpfeifen im Wert von 9 Millionen Mark gestohlen.

Spiritschiebungen. In Holtzenau (Holslein) wurden große Vorräte von Spiriten aufgedeckt. Von dem in Kanaltaschen lagernden Sprit wurden Mengen im Wert von 700 Millionen Mark unter Umgehung des Zolls in Gasthöfe in Kiel weggeschmuggelt. 20 Personen, Großhändler, Gasthofbesitzer, Angestellte und Zollbeamte, sind bis jetzt verhaftet.

David Livingstone, der berühmte englische Afrikaforscher, ist vor 50 Jahren, am 1. Mai 1873 gestorben. Geboren zu Blantyre bei Glasgow am 19. März 1813 wurde er schon als zehnjähriger Knabe von seinem Vater als Fabrikarbeiter in eine Baumwollspinnerei gebracht. Aber der Wissensdurst veranlaßte ihn, nebenher Lateinisch und Griechisch und später in Glasgow in den Wintermonaten Theologie und Medizin zu treiben. Er wollte aus der Fabrik in die weite Welt und er suchte, daß er dieses Ziel nur als Missionar erreichen könne. Er setzte es auch durch, daß die Londoner Missionsgesellschaft ihn im Alter von 28 Jahren als Missionar nach Südafrika sandte. Als er aber einmal draußen war, widmete er sich ganz der Erforschung des damals wenig bekannten Erdteils. In den fünfziger Jahren durchquerte er Afrika von Westen nach Osten, entdeckte 1855 die Viktorialfälle des Sambesi, den größten Wasserfall der Welt; den Schirassee, den Nyassasee u. a. Obgleich die Anstrengungen der Reisen seine Gesundheit untergraben hatten, wollte er nicht nach London zurückkehren; er machte immer neue Züge und blieb oft lange Zeit verschollen. Am 1. Mai 1873 fanden ihn seine schwarzen Diener bei dem Dorf Tchimambo, südwestlich vom Tanganjikosee, tot auf dem Graslager. Nach einem Marsch von 10 Monaten brachten die kiuu Schwarzen die konservierte Leiche an die Küste nach Sansibar, von wo sie auf einem englischen Kriegsschiff nach London überführt und dort unter großen Feierlichkeiten in der Westminster-Abtei an der Seite der großen Engländer beigesetzt wurde.

Letzte Nachrichten.

Botschafterwechsel?

Berlin, 2. Mai. Wie das „Berl. Tageblatt“ erfährt, steht die Ernennung eines Nachfolgers für den verstorbenen deutschen Botschafter Dr. Mayer in Paris

bevor. Für den Posten ist ein bekannter Parlamentarier und früherer Reichsminister in Aussicht genommen.

Die bayerischen Vorgänge.

München, 2. Mai. Von einigen unbedeutenden Ausschreitungen abgesehen, ist der 1. Mai ruhig verlaufen. Das von der Staatsregierung vorgegebene starke Aufgebot hat sich daher als nicht notwendig erwiesen. Die Reichswehrabteilungen, die aus Lindau, Passau und Regensburg nach München beordert waren, sind wieder nach ihren Standorten zurückgelührt, ebenso zwei Hundertschaften Landespolizei. Bei der großen Massenversammlung der Nationalsozialisten am 1. Mai im Zirkus Krone teilte Hitler mit, daß aus diesem 1. Mai ein Schutz- und Trugbündnis der Nationalsozialisten mit den Organisationen „Oberland“, „Reichsflagge“, „Blischer“ und „Wiking“ hervorgegangen sei. Das sei das junge Deutschland. Nach Beendigung der Versammlung zogen einzelne Gruppen unter Gesang und teils mit Fahnen durch die Stadt, wobei aber die Ruhe nicht gestört wurde.

Geldraub in Duisburg.

Duisburg, 2. Mai. Wegen angeblicher Sabotagehandlungen an Telegraphenleitungen ist die Stadt Duisburg von den Belgiern mit einer Strafe von 75 Millionen Mark belegt worden. Auf der Reichsbank wurden die von den Postbeamten des Postamts Nr. 1 abzuliefernden auf Postanweisungen eingezahlten Gelder in Höhe von 95 Millionen Mark beschlagnahmt.

Die Bergarbeiter bleiben weiter passiv.

Bochum, 2. Mai. Der Gesamtvorstand und der Kontrollausschuß des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hielten in Bochum eine gemeinschaftliche Sitzung ab und stimmten folgender Entschliessung zu: Der Gesamtvorstand und der Kontrollausschuß des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands bringt erneut die Entschliessung zum Ausdruck, den passiven Widerstand gegen den französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet so lange fortzusetzen, bis eine Verständigung zwischen Deutschland und den Okkupationsmächten erzielt ist. Von der deutschen Regierung wird verlangt, daß sie alles tut, um die Verständigung zu ermöglichen und zu erweitern.

Die Anklageerhebung gegen Krupp.

Paris, 2. Mai. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird Fern Krupp und seinen Mitangeklagten zur Last gelegt: 1) Ueberschreitung der Verordnung vom 7. März, die Strafen für alle diejenigen vorsieht, die Attentate gegen die Besatzungstruppen unterstützen; 2) Ueberschreitung der Verordnung vom 11. Januar, kraft deren eine Geldstrafe von 10 Millionen oder Haft bis zu 5 Jahren über Störer der öffentlichen Ordnung und Ruhe verhängt wird. Der Gerichtshof steht unter dem Vorsitz des französischen Oberleutnants Peyronel, der Regierungsvertreter und Ankläger ist Hauptmann Duvert. Die Verhandlung, die am 3. Mai morgens um 9 Uhr beginnt, wird nach am selben Tage zu Ende geführt werden.

Englisches Echo.

London, 2. Mai. Die meisten englischen Zeitungen drücken sich über die Aussichten über die Annahme dieser Vorschläge durch Frankreich recht pessimistisch aus. Der „Daily Telegraph“ erklärt sogar, Pessimismus sei ein zu schwacher Ausdruck, um die Stimmung in den alliierten und neutralen Ländern wiederzugeben; man müsse vielmehr von Niedergeschlagenheit sprechen. Auch die „Times“ glauben, daß die Worte des Standpunkt Poincarés kaum ändern dürfte. Der „Daily Chronicle“ hält die schroffe Haltung der Regierung für unveränderlich feststehend. Poincaré vertritt in der Tat die Annexion des Ruhrgebietes und des Rheinlandes als französisches Reparationsmittel. So lange Deutschland nicht bittend und stehend vor seinen Füßen liege und der Bevölkerung der besetzten Gebiete nicht den Befehl gegeben habe, bedingungslos auf französische Kommandos zu gehorchen, werde Poincaré hartnäckig bleiben und keinerlei deutsches Angebot entgegennehmen.

Keine Einigung über die amerikanischen Besatzungskosten.

Paris, 2. Mai. Das Finanzkomitee, das sich mit der Erhebung der amerikanischen Besatzungskosten zu beschäftigen hat, ist mit seinen Beratungen immer noch nicht fertig. Die Schwierigkeiten seien sogar im Augenblick unüberwindliche, sodaß weitere Besprechungen ohne Ansetzung eines neuen Termins vertagt worden sind. Die Vereinigten Staaten haben nach einer Havasmeldung die Absicht, mit Deutschland direkt über die Besatzungskosten zu verhandeln.

Poincaré verhandlungsmüde?

Paris, 2. Mai. Die sozialistische „Tribune Nouvelle“ schreibt: Während offiziell die französische Regierung den Annahmegerieben spielt, wird hinter den Kulissen für eine Verständigung gearbeitet. Es ist geflüstert worden, der englische Botschafter in Paris sei mit einem Vermittlungsangebot Curzons nach Paris zurückgekehrt. Sicher ist, daß der Botschafter den Auftrag erhalten hat, sich Klarheit darüber zu verschaffen, wie in Paris englische Vermittlungsversuche aufgenommen würden. Die französische Regierung meint das Blatt, sei nicht mehr sehr weit davon entfernt, die Fühlung mit der britischen Regierung wieder aufzunehmen. Die von Loucheur in London eingeleitete Politik sei nicht tot. Die Notwendigkeit, mit England zu verhandeln, lege sich durch.

lokales.

Wildbad, 3. Mai 1923

Das neue Rathaus. In den letzten Tagen konnte man am Eingang zum neuen Rathaus ein größeres Gerüst sehen auf dem fleißig geschaffelt wurde. Jetzt ist es entfernt worden und man erkennt, daß das unschöne Glasdach über dem aus Stein gehauenen Löwen entfernt worden ist. Weiter wurde für „Goldener Löwe“ das Wort „Rathaus“ eingemeißelt und mit dunkler Farbe dem Auge sinnfälliger gemacht. Ein größerer Resten mit Verglasung ist an der Außenseite des Rathauses inzwischen

ebenfalls aufgehängt worden, der Veröffentlichungen und Bekanntmachungen enthält. Hübsche Gardinen hängen an den großen Fenstern der beiden unteren Beachräume und die Außenseite des Hauses wird zur Zeit einer Reinigung unterzogen. In dem großen unteren Raum, links vom Eingang wurde das Meldeamt untergebracht, eine große Erleichterung für den Verkehr und den Kurgast. Er braucht nun nicht mehr, wie im winkligen alten Rathaus zu suchen. Er kommt, sieht und findet ohne weiteres. Zu erwähnen ist noch, daß das von dem wichtigen Steinlöwen gehaltene Wappen sich nunmehr mit dem in den Stein eingemeißelten Wappen der Stadt zeigt.

Seilspringen lieben die Mädchen im Frühling, nicht nur anderswo, sondern auch in Wildbad. Die Kinder leben auf, der Frühling ist da und die Erwachsenen freuen sich, daß sich ihre Kinder draußen tummeln können. Aber vom ärztlichen Standpunkt muß doch betont werden, daß, wie alles Uebermaß, so auch übermäßiges Seilspringen unendlich erschüttert. Oft schadet es nichts, aber niemandes Kind ist gefeit gegen Schädigungen, welche sehr häufiges oder zu anhaltendes Seilspringen mit sich bringen kann. Es ergeht daher an die Eltern die Mahnung, ihren Mädchen einzuschärfen, nicht sehr lange hintereinander dieses Frühlingspiel zu betreiben. W.

Freiwilligkeit für die Einzahlungen der Einkommensteuer. Der Reichsminister der Finanzen hat eine Verlängerung der am 30. April abgelaufenen Frist für die Einzahlungen auf die Einkommensteuer 1922 bewilligt. In Rücksicht auf die mit der verspäteten Verabschiedung des Geldentwertungsgesetzes zusammenhängenden Ueberleitungsschwierigkeiten sollen Zahlungen bis 31. Mai als rechtzeitig bewirkt gelten und von dem 15prozentigen Monatszuschlag des Geldentwertungsgesetzes befreit bleiben.

Die Gebährten der Hebammen für die Berechtigungen in der Privatnütigkeit sind in Württemberg mit Wirkung vom 1. April 1923 dreißigjährig geworden.

Obstflöhe entfernt man aus Stoffen, besonders aus Tischwäsche, indem man die befallenen Stellen über die Öffnung eines Topfes spannt und lockendes Wasser darauf gießt.

Sprengung. Am Donnerstag, den 3. Mai, wird genau 1.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit an einem Ort Deutschlands

eine große Sprengung vorgenommen. Der Schall wird je nach der Entfernung später vernommen werden, und zwar auf je einen Kilometer etwa 3 Sekunden später. Es kommt in diesem Fall darauf an, die Schallwirkungen festzustellen und die Württ. Landeswetterwarte ersucht daher um die Mitteilung über sichere Schallwahrnehmungen mit genauer Zeitangabe (Telegraphenuhr) als portopflüchtige Dienstfache, die vom Abjender nicht freigegeben werden muß. — Das hätte aber doch einige Tage früher vorbereitet werden sollen.

Vorsicht bei Viehimpfung. Nach einer Verfügung des württ. Ministeriums des Innern darf mit lebenden Erregern des seuchenhaften Verkaltens nur in solchen Beständen geimpft werden, in denen diese Seuche durch Untersuchung des Tierärztlichen Landesuntersuchungsamts festgestellt ist.

Nicht zu früh die Kleidung wechseln! Kaum, daß die Sonne ein paar Stunden wärmer scheint, fliegen bei vielen Leuten auch gleich die Winterkleider vom Leibe und das leichte Sommerzeug tritt ohne jeden Uebergang an deren Stelle. Das ist verkehrt und kann üble Folgen haben. Am Tage mag es wohl gehen, aber die Abende sind doch noch recht kühl. Erfältung, Rheumatismus usw. sind üble Folgen, die vermehrt werden durch das Sitzen im Gras auf nicht gehörig durchwärmtem Erdboden. Also Vorsicht!

Wucher. Zwei Frauen kauften in Karlsruhe einen Kinderwagen für 38 000 Mark. Kurz darauf verkauften sie ihn dort an eine Althändlerin für 58 000 Mark, die ihn darauf für 95 000 Mark zum Verkauf anbot. Die drei Frauen gelangten wegen übermäßiger Preissteigerung zur Anzeige.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 2. Mai: 31 779,20.
 1 Pfund Sterling 146 288.—, 100 holl. Gulden 1 254 700.—, 100 Schweizer Franken 578 058.—, 100 franz. Franken 215 958.—, 100 belgische Franken 185 030.—, 100 ital. Lire 156 108.—, 100 österr. Kronen 45 78.—, 100 tschech. Kronen 87 258.—, 100 polnische Mark 65.—
 Vom Berliner Geldmarkt. Tägliches Geld 27 bis 30 Prozent.
 Neue Höchstpreise für Thomasmehl. Im Einverständnis mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft werden mit dem 1. Mai neue Höchstpreise für Thomasmehl ein. Sie betragen für 1 Kilo Gesamtpulver 1009 K. für 1 Kilo zirkonensäurelösliche Phosphorsäure 1257 K. Neben Mehlpreisen kommt eine Umlage zur Erhebung die für 1 Kilo Gesamtpulver 121 K. für 1 Kilo zirkonensäurelösliche Phosphorsäure 142 K. beträgt.

Karlsruher Produktendörse, 2. Mai. Getreide und Mehl: Das Geschäft zeigte wesentliche Belebung, die Forderungen sind durchweg höher, doch folgt der Konsum nur zögernd. In inländ. Weizen 150 bis 155, inländ. Roggen 115 bis 120, inländ. Hafer 105 bis 110, ausländ. Hafer 80—100, Roggen 51 bis 60, Mehl 60 bis 65, Spezialfabrikate bis 75, alles für 100 Kilo in 1000 Mark. Weine und Spirituosen nicht notiert. Tee und Kaffee unverändert.

Wärkte

Viehmarkt in Karlsruhe, 30. April. Zufuhr: 330 Stück: 20 Ochsen, 38 Ferkel, 25 Kälber, 92 Ferkel, 30 Kälber und 125 Schweine. Preis für den Ferkel Lebendgewicht (je in 1000 K): Ochsen 1.: 275 bis 290, 2.: 250 bis 275, 3.: 230 bis 250, 4.: 210 bis 230; Ferkel 1.: 225 bis 240, 2.: 210 bis 225, 3.: 190 bis 210; Kälber und Ferkel 1.: 270 bis 290, 2.: 235 bis 270, 4.: 20 bis 35, 5.: 150 bis 180; Kälber 3.: 240 bis 260, 4.: 230 bis 240, 5.: 225 bis 230; Schweine von 240 bis 300 Pfund 290 bis 340, von 160 bis 200 Pfund 310 bis 320, unter 160 Pfund 290 bis 310, Saunen 280 bis 290. Beste Sorte über Notiz bezahlt. Verkauf des Marktes: langsam. Kälber geräumt. Großvieh und Schweine Ueberstand.

Schlachtviehmarkt Stuttgart, 2. Mai. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 2 Ochsen, 20 Bullen, 92 Jungbullen, 104 Jungkinder, 145 Kälber, 555 Kälber, 405 Schweine, 20 Schafe, 3 Ziegen. Unverkauft blieben 2 Ochsen, 10 Jungkinder, 5 Kälber. Geldes aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1.: 2800 bis 3050 (leichter Markt: 2700 bis 2950), 2.: 2050 bis 2650 (2100 bis 2500), Bullen 1.: 2300 bis 2400 (2150 bis 2300), 2.: 1600 bis 2250 (1750 bis 2000), Jungkinder 1.: 2800 bis 3100 (2700 bis 3000), 2.: 2300 bis 2650 (2300 bis 2600), 3.: 1750 bis 2250 (1750 bis 2100), Kälber 1.: 2000 bis 2250 (1900 bis 2250), 2.: 1550 bis 1850 (1450 bis 1750), 3.: 1000 bis 1300 (900 bis 1250), Kälber 1.: 2950 bis 3150 (2850 bis 3000), 2.: 2700 bis 2800 (2600 bis 2800), 3.: 2400 bis 2600 (2300 bis 2500), Schweine 1.: 3500 bis 3600 (3300 bis 3400), 2.: 3150 bis 3400 (2900 bis 3200), 3.: 2900 bis 3100 (2500 bis 2750) K. Verkauf des Marktes: Bei Schweinen lebhaft, sonst langsam. — Wer Schlachtviehpreise bereits ab Stall verlangt, macht sich der Preisstreiber strafbar.

Schweinemarkt Ludwigsburg, 1. Mai. Zufuhr: 12 Käufer- und 124 Milchschweine. Verkauft wurden 1 Käufer Schwein und 90 Milchschweine. Preis für das Käufer Schwein 310 000 K., für ein Milchschwein 150 000 bis 210 000 K.

Vieh- und Schweinemarkt Aalen, 2. Mai. Dem Viehmarkt waren zugeführt: 8 Ochsen, 23 Stiere, 8 Ferkel, 55 Kälber, 137 Kälber und Jungvieh, 5 Kälber. Verkauft wurden 4 Ochsen zu 2,6 bis 2,9 Mill. Mk., 16 Stiere zu 550 000 bis 1,6 Mill., 5 Ferkel zu 1,3 bis 1,4 Mill., 44 Kälber zu 600 000 K. bis 3 Mill., 86 Kälber und Jungvieh zu 350 000 K. bis 2,5 Mill., 4 Kälber zu 400 000 bis 600 000 K. Auf dem Schweinemarkt waren 72 Milch- und 5 Käufer Schweine zugeführt. Erstere galten 280 000 bis 300 000, letztere 450 000 bis 490 000 K. je pro Paar.

Sigung des Gemeinderats

am Samstag, den 5. Mai 1923, nachm. 5 Uhr im neuen Rathaus.

Tagesordnung:

1. Ansprache.
 2. Erhöhung der Bergbahnfahrpreise.
- Um 8 Uhr findet eine Probe der Wackerlinie statt.
 Vollzähliges Erscheinen des Gemeinderats ist erwünscht.

Nur noch 10 Tage!

Nach wie vor wollen Sie sich überzeugen, daß wir die

höchsten Tagespreise

am hiesigen Plage bezahlen für

Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Altpapier, Lumpen und Knochen!

(Einstampf-Garantie!)

Wir bitten um Anlieferungen in unser Lager

Wildbad KÜHLER BRUNNEN, Garage 3. GESCHW. FLUM.

Bekanntmachung.

Morgen Freitag den 4. und Samstag den 5. ds. Mts. werden

Altmaterialien

und zwar

Altmetalle wie Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Zinn

Altes Eisen und Messingguß

Altpapier: Zeitungen, Zeitschriften, Blätter, alte Alen (unter Garantie sofortigen Einstampfens) sowie

Lumpen und Knochen

zu allerhöchsten Preisen entgegenzunehmen.

Niemand versäume diese günstige Gelegenheit!

Ankaufsstelle beim Gasthaus zur Eisenbahn.

Wildbad, den 2. Mai 1923.

Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres lieben Kindes

Hermann

erfahren durften, insbesondere für die kostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für die Kranzspenden, den Gesang der Schulkinder sagen wir herzlichen Dank.

Familie Fritz Bolz.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden und Schulkameradinnen zu unserer am Samstag, den 5. und Sonntag, den 6. Mai 1923 im Gasthaus zum „Anker“, Kälbermühle stattfindenden

Hochzeits-Feier

ergeben sich einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen.

Jakob Haag

Sohn des Wilhelm Haag
 Bäcker in Ronnenau.

Anna Adam

Tochter des Jakob Adam,
 Kälbermühle.

Kirchgang um 12 Uhr vom „Ratskeller“ in Wildbad aus.

Ab heute ist mein Zigarren-Geschäft

Wilhelmstraße Nr. 75 (Haus Juwelier Zinser)

wieder geöffnet!

In Zigarren, Zigaretten, Tabaken usw. biete ich den Rauchern durchweg nur **erstklassige Erzeugnisse** der deutschen Tabak-Industrie.

Bitte meine Schaufenster zu beachten!

Zigarrenhaus Ernst Willer

NB. Meine frühere Filiale, Wilhelmstraße 90 (Haus Bäckerei Ziefels), habe ich **aufgegeben**.

Neu eingeführt!

Neu eingeführt!

Tabakwaren

in größter Auswahl und bester Qualität und gewähre auf alle

Cigarren, Tabake und Zigaretten

10% Rabatt.

BENDER, Feinkosthandlung.

National-Kontroll-Raffen

neu und gebraucht, für Laden u. Wirtschaft, durch den Allein-Beretreter

Rag Hirschmann,

Pforzheim,

Bayernstr. 2, Tel. 970.

Auskunft u. Prospekte gratis.

Fräulein,

24 Jahre, wünscht, womöglich in Pensionskuche, das Kochen zu erlernen. Angebote unter B. K. Nr. 102 an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.



Freitag abend 9 Uhr **Ausflug-Sigung** im Caffee Winkler. Der Vorstand.

Fußbodenlackfarben, Oelfarbe,

Itrechlertig in jedem gewünschten Ton.

Med.-Drog. A. & W. Schmitz.



Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
MENKEL & Co., DUSSELDORF

